Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis ab 1. April: Bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Mk. Wochenkarten 50 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg., Sonnabendnumm. 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 14201. Gemeindegiroverband: Frankenberg 2. Fernspr. 21. Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 36 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 80 Goldpfennig, für die 90 mm breite Zeile im Reklameteile 60 Goldpfennig. Meist-Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierige Sätze und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen auch bei Wiederholungsdruck Ermäßigung nach hinterlegter Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

№ 149 | **Sonnabend den 28. Juni 1924 nachmittags** | **83. Jahrgang**

Die Rückkehr der Ausgewiesenen

„Der französische Ministerpräsident hat die deutsche Reichsregierung amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß seine in der französischen Kammer abgegebenen Erklärungen über die Freilassung der Gefangenen und die Wiederzulassung der Ausgewiesenen bereits durch entsprechende Weisungen an die französischen Besatzungsbehörden in die Tat umgesetzt worden sind. Wie die Meldungen aus den besetzten Gebieten bestätigen, sind diese Weisungen schon seit einigen Tagen in der Durchführung begriffen. Bisher ist schon für den französischen Besetzungsabschnitt des altbesetzten Gebietes 7500 Familien, also etwa 30 000 Personen, die Rückkehrerlaubnis erteilt worden. Am 25. Juni hat die Rheinlandkommission die Aufhebung weiterer Ausweisungen aus dem altbesetzten Gebiet in etwa gleichem Umfange beschlossen, so daß im ganzen etwa 15 000 Familien bzw. 60 000 Personen die Rückkehr in ihre rheinische Heimat ermöglicht ist. — Gleiche Maßnahmen sollen für das neubesetzte Gebiet ergehen. Sonach ist damit zu rechnen, daß in kürzester Frist dem größten Teil der Ausgewiesenen die Rückkehr ermöglicht und der Mehrzahl der Gefangenen aus der Zeit des Ruhrkampfes die Freiheit wiedergegeben wird. Früher sind bereits auch die deutschen Gefangenen aus St. Martin de Ré und anderen französischen Strafanstalten gemäß der Zusage der französischen Regierung in Gefängnisse des besetzten Gebietes zurückgeführt werden. Unsere Wünsche in dieser dem deutschen Volk und der deutschen Regierung so sehr am Herzen liegenden Angelegenheit sind durch die Initiative der Regierung des Herrn Herriot ihrer Verwirklichung einen erheblichen Schritt nähergebracht. Möge das Echo, das dieser, den französischen Verständigungswillen bekundende Entschluß in Deutschland sicherlich finden wird, mit dazu beitragen, daß auch die jetzt noch bestehenden Ausnahmen baldigst aufgehoben, und damit baldigst sämtliche Gefangenen und Ausgewiesenen der Freiheit und der Heimat wiedergegeben werden."

•

Zur Frage der Rückkehr der Ausgewiesenen, so verlautet an zuständiger Stelle, wird man zunächst abwarten müssen, wie sich die Rückkehr der Ausgewiesenen auswirken wird. Wann die Rückkehr selbst erfolgen wird, weiß man noch nicht genau. Die Ausgewiesenen werden sich deshalb für die nächste Zeit noch mit Geduld wappnen müssen. Nach der erst am 26. Juni überreichten Liste an die Rheinlandkommission wird diese zunächst den französischen Bezirksdelegierten vorgelegt werden. Von deutscher Seite sind die zuständigen Stellen angewiesen worden, den wieder zur Rückkehr Zugelassenen so schnell wie möglich Mitteilung davon zu machen. Sobald diese Mitteilung erfolgt, muß jedoch erst noch die Frage der Notwendigkeit der Geleitscheine geklärt werden. Auch das erfordert Zeit. Schwierigkeiten bestehen auch noch in der Wohnungsfrage, denn die Besatzungsbehörden haben bisher nicht bekanntgegeben, daß sie die beschlagnahmten Wohnungen räumen werden, so daß man vorläufig noch gar nicht weiß, wie die Rückkehrenden untergebracht werden können.

Die Deutschnationalen gegen die Reichsregierung.

Unbefriedigender Verlauf der Besprechung beim Reichskanzler.

Die Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Exzellenz Hergt, Großadmiral v. Tirpitz, Prof. Hoetzsch und Graf Westarp hatten bekanntlich um eine Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister gebeten, bevor die Antwort auf die Forderungen der Entente, die die Militär-Kontrolle betreffen, abgesandt wird. Wie aus deutschnationalen Kreisen verlautet, erklärten sich die Führer mit den Ausführungen, die ihnen von Regierungsseite aus gemacht wurden, unbefriedigt. Sie werden ihre Stellung in einem Communiqué zu erkennen geben. Die Führer der Deutschnationalen haben ihre bekannten Bedenken geäußert, die sie in Widerspruch mit dem Verhalten der Regierung setzen.

Lange Unterredung Hoesch und Herriot.

Wie schon angekündigt, ist eine Demarche des Pariser deutschen Botschafters von Hoesch beim französischen Ministerpräsidenten im Auftrage der Reichsregierung am Freitag mittag erfolgt. Der Ministerpräsident empfing den Botschafter in der Mittagsstunde. Die Unterredung dauerte sehr lange. Die deutsche Antwortnote an die Botschafter-Konferenz ist bis jetzt noch nicht in Paris eingetroffen. Sie wird frühestens für Sonnabend abend erwartet und soll dann unverzüglich durch den deutschen Botschafter am Quai d'Orsay übergeben werden.

Furchtbare Grubenkatastrophe bei Glogguitz

Bis jetzt 30 Tote — Unglaubliche Fahrlässigkeiten der Werkleitung

In dem Braunkohlenbergwerk Hart bei Glogguitz ereignete sich im Laufe des Donnerstags eine furchtbare Grubenkatastrophe. 30 Bergarbeiter sind in den Brandgasen erstickt. Sie sind zu Tode gekommen als Opfer einer ganzen Kette von Vorschriftswidrigkeiten und Mängeln in der Organisation des Rettungsdienstes. Und noch darüber hinaus werden schwere Vorwürfe gegen die Leitung des Werkes erhoben.

Als Hauptursache

der Katastrophe müssen technische Unzulänglichkeiten des Bergwerks bezeichnet werden, sowie die mangelnden Rettungsmöglichkeiten, da sämtliche Gasmasken und Kompressoren ruiniert waren. Es war bekannt, daß das Bergwerk seit längerer Zeit brannte. Das sich beim Brande entwickelnde Kohlenoxyd ist aber durch Vermauerung immer abgedämpft worden. Vor dem Unglück sollte ein solch vermauerter Stollen wieder in Betrieb gesetzt werden, und die Mauern wurden ausgebrochen. Die um 6 Uhr früh beginnende Schicht war vom Ausbruch dieser Mauer

nicht verständigt

worden. Um ¾11 Uhr, als die ersten Rettungsversuche unternommen wurden, zeigte es sich, daß der Direktor abwesend und der leitende Ingenieur in Urlaub war. Der Schichtmeister inszenierte also die erste Rettungsaktion. Es stellte sich bald heraus, daß die vorhandenen Gasmasken unbrauchbar waren. Als der Schichtmeister die Rettungsexpedition zusammenstellen wollte, ergab sich, daß die vorschriftsmäßige in jedem Bergwerk auszubildende Rettungsmannschaft weder ausgebildet, noch überhaupt vorhanden war. Ja, daß überhaupt niemand zum Rettungsdienst unterwiesen worden war. Um 11 Uhr kamen immer

stürmischere Notsignale,

und die ersten Verunglückten kamen mit dem Aufzug herauf. Sie waren ohnmächtig und kaum mehr zum Leben zu bringen. Man erinnerte sich, daß ein benachbartes Bergwerk eine Rettungsmannschaft besitze, als man aber telephonisch anrufen wollte, ergab sich, das das Telephonamt zwischen 12 und 1 Uhr Mittagspause hat und daher eine Verbindung nicht herzustellen sei. Auch der Kompressor, der dazu dient, frische Luft in das Bergwerk einzuführen, funktionierte nicht. Erst um 2 Uhr konnte man sich mit dem nächsten Bergwerk verständigen. Mittlerweile war wieder ein Teil der eingeschlossenen Mannschaften bewußtlos aus dem Schacht befördert worden, aber man wußte noch nicht, wieviel Tote es gab, da um diese Zeit etwa

200 Mann in der Grube

waren. Nach bangen Stunden kam die Mannschaft des Nachbarwerkes. Die Leute waren mit erstklassigen Gasmasken ausgerüstet und begannen die Rettungsaktion gegen 6 Uhr abends. Es gelang ihnen noch einige Leute zu sichern. Bis dahin gab es **dreißig Tote.** Was nach 6 Uhr in der Grube war, **gilt als verloren.** Die Gesellschaft stand unter dem Protektorat der Prodenecredit-Anstalt.

Nach zehn Jahren.

Zum zehnjährigen Jahrestage von Serajewo.

Mit dem politischen Mord in Serajewo am 28. Juni 1914 begann das herbe Schicksal unseres deutschen Vaterlandes, unter dem wir in allen Schichten unserer Bevölkerung ächzen und stöhnen, sich abzurollen. Nach militärischen Erfolgen gegen eine Welt von Feinden, nach Heldentaten in der Heimat wie an den Fronten, die für ewig in das Buch der Geschichte eingetragen sind, der innere und äußere Zusammenbruch im November 1918, der Drosselungsvertrag von Versailles, der Raub deutschen Landes in Ost und West, der Gewaltspruch über das oberschlesische Industriegebiet, die noch zur Stunde währende französisch-belgische Kulturschande an Rhein und Ruhr, das Deutschland von heute in seinem Elend, seiner Not, seiner Machtlosigkeit, das sind die Bilder, die vor unserem Auge auftauchen und aufleuchten müssen in dem Gedenken an den so schicksalsschweren Jahrestag von Serajewo.

Was Deutschland an inneren Organisationsleistungen wie an den Fronten gegen eine Welt von Feinden während der Kriegsjahre von 1914 bis 1918 vollbracht, wird nicht nur vor der Geschichte als Heldentum sondergleichen bestehen bleiben, es wird auch für immer, für ewige Zeiten den Stolz eines jeden ausmachen, der deutsch fühlt, der deutsch denkt, der deutsch ist. Der 9. November 1918 brachte dem neuen Deutschen Reiche von 1870/71 in des Wortes verwegenster Bedeutung einen Sturz von glänzendster Höhe in tiefste Nacht. Ohne Nacht, die heute noch mit allem Grauen ihr Wesen treibt. Alle Bestrebungen zum inneren wie äußeren Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlandes wurden und werden gehemmt durch die Willkür unserer äußeren Feinde, durch eine böse politische Krankheit im Innern unseres zusammengebrochenen deutschen Vaterlandes.

Der stolze Ruhmesweg, den Preußen-Deutschland in seiner geschichtlichen Entwicklung gehen mußte, war von jeher ein Dornenweg. Immer aber zeigte sich die preußisch-deutsche Kraft, die preußisch-deutsche Gediegenheit und Innerlichkeit am hellsten und reinsten in den Stunden der Not, in den Stunden der schwersten und herbsten Schicksalsschläge. Der Jahrestag von Serajewo findet ein Deutschland der Not, der Machtlosigkeit, des nationalen Elends sondergleichen; aber schon regen sich auf allen Seiten die Kräfte der deutschen Erneuerung an Haupt und Gliedern, die Kräfte des deutschen Wiederaufstiegs. Und diese Kräfte, sie werden und müssen sich durchsetzen; sie werden uns wieder aus Deutschlands nationaler Nacht zu neuer Macht und neuem Glanze führen.

Was Fichte in des alten Preußens schweren Stunden einst seinem Vaterlande zurief, das sei auch heute die Losung des deutschen Volkes am zehnjährigen Jahrestage von Serajewo:

„Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
An deines Volkes Auferstehn,
Daß diesen Glauben dir nicht rauben
Trotz allem — allem, was geschehn,
Und handeln sollst du so, als hinge
Von dir und deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge,
Und die Verantwortung wär' dein."

Dawes kommt nicht nach London.

Nach einer Matinmeldung aus Nahant im Staate Massachusetts bestätigt es sich, daß General Dawes bestimmt nicht an der Londoner Konferenz teilnehmen wird. Das Blatt veröffentlicht eine Zuschrift von dem Sohn des Senators Lodge, in der es heißt, daß von jetzt bis zum 6. November General Dawes große Reisen durch das ganze Land wegen der Präsidentschaftswahlen machen müsse. Präsident Coolidge hält es für möglich, daß Dawes jetzt diese Reisen aufgebe, um dadurch nicht seine Kandidatur als Vizepräsident der Vereinigten Staaten zu gefährden.

Micum-Verhandlungen erst Sonnabend.

Die neuen Micum-Verhandlungen, die für Freitag in Düsseldorf angesetzt waren, sind auf Wunsch der Sechser-Kommission des Bergbaulichen Vereins auf Sonnabend verschoben worden. Wie aus Düsseldorf verlautet, waren der Leiter der Micum, Frangen, sowie der Leiter der belgischen Mission bis Donnerstag abend von Paris bzw. Brüssel noch nicht zurückgekehrt. Man bringt ihre plötzliche Reise zu dem Sitz ihrer Regierungen kurz vor den neuen Micum-Verhandlungen mit Gegensätzen in Verbindung, die bei der Brüsseler Besprechung zwischen Herriot und Theunis aufgetreten seien.

Die Landwirtschaftskrise vor dem Reichstag.

Die Reichstagssitzung am Freitag wird durch den Präsidenten Wallraf um ½1 Uhr eröffnet. Der Reichstagspräsident schlägt vor, die Punkte 1—4 der Tagesordnung, die sich im allgemeinen mit der Regelung von Fragen befassen, die mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängen und die auf die Handelsverträge zwischen Deutschland und den Randstaaten hinzielen, bei der Beratung zusammenzufassen.

Als erster Redner betritt der deutschnationale Abgeordnete, der frühere deutschrussische Professor Frhr. v. Freytagh-Loringhoven das Pult. Der Redner geht auf die Schutzlosigkeit der Auslandsdeutschen ein. Er betont, daß Deutschland zwar waffenlos wäre, daß es aber dennoch durch sein kulturelles und wirtschaftliches Uebergewicht anders als bisher seinen Schutz den Auslandsdeutschen angedeihen lassen müsse. Besonders müsse Deutschland auch derjenigen Auslandsdeutschen gedenken, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Gegen das Handelsabkommen mit Litauen sei an und für sich nichts einzuwenden. Der Redner beschäftigt sich dann mit den

Vorgängen in Memel.

Er gedenkt der litauischen Eingriffe gegen die deutsche Kirche und die deutsche Schule. Für die Einführung des litauischen Sprachunterrichts hatten sich nur zwei Prozent der Eltern ausgesprochen. Dennoch setzte Litauen den litauischen Sprachunterricht durch. Die Regierung habe bei allen litauischen Uebergriffen tatenlos zugesehen. Das Auswärtige Amt müsse für die Millionen Deutschen, die im Aus-